

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 12/39. Jahrgang

Dezember 2008

Schutzgebühr: 0.30 E

## Privatisierte Stadtwerke (SWG) zocken ab

Die Stadtwerke erhöhen schon wieder ihre Preise. Diesmal sollen die Stromtarife ab 1.1.09 um ca. 9% steigen. Begründung wie üblich: Preiserhöhung beim Stromlieferanten. Um wieviel und ab wann bleibt geheim, eine Verpflichtung zur Offenlegung der Kalkulation fehlt.

Die zum 1.10.'08 um mehr als 20% gestiegen Gaspreise sollen so hoch bleiben, trotz rapide sinkender Ölpreise. Die willkürliche Bindung der Gaspreise an den Ölpreis funktioniert nur in eine Richtung prompt und vollständig: nach oben. „Wir würden ja gerne senken“, sagt die SWG-Sprecherin Ina Weller. Und warum tun sie es dann nicht? Nach ihren eigenen Aussagen müßten die Tarife spätestens zum 1.1.'09 fallen, denn angeblich richten sich die Preise der Vorlieferanten nach den Durchschnittspreisen der letzten 6 Monate, mit einem Monat Verzögerung. Da der Ölpreis schon seit spätestens September auf Talfahrt ist, ist der 6-Monate-Durchschnitt schon jetzt viel niedriger als im Oktober. Im Interesse der Gaskunden

wäre es nötig, daß die SWG offen legen müssen, zu welchen Preisen sie das Gas beziehen.

### Horrende Mahngebühren

Noch übler als die Preiserhöhungen sind die gleichzeitig veröffentlichten „Ergänzenden Bedingungen“. Danach soll zu-



künftig schon die 1. Mahnung den Kunden 3 Euro kosten. Wer eine hohe Nachzahlung nicht sofort begleichen kann,

soll für eine Ratenzahlungs-Vereinbarung 15,47 Euro blechen. Das ist offensichtlich extrem unsozial; gerade die Finanzschwachen werden hier zusätzlich belastet. Ganz teuer wird es bei längerem Zahlungsverzug. Kommt ein Geldeintreiber, kostet das gleich 47 Euro. Eine Sperrankündigung kostet 6 Euro, die Sperrung 47 Euro, der Wiederanschluß 56 bis 112 Euro. Hier kommen schnell Beträge zusammen, die Menschen, die auf Hartz-4-Niveau leben müssen, niemals aus eigener Kraft aufbringen können. Für ein kommunales Unternehmen ist ein solche soziale Kälte selbst in einer CDU-regierten Stadt kaum glaublich.

Die Umwandlung der SWG in eine AG  
(Fortsetzung Seite 3)

### Inhalt:

Interview m. A. Richter/Opelbürgschaft	S.2
Stadt verurteilt/Nordstadt/Stolperstein	S.3
Organhandel?/Gaspreise/Rhönwatch	S.4
Weltwirtschaftskrise/Schülerprotest	S.5
CDU bestimmt Antisemitismus?	S.6
Leserbriefe/Kuba/Marx/Gen-Gerste	S.7
Termine/Banken - Knete:ja,Steuern:nein	S.8



„Weg mit Hartz IV“, „Keine 1-Euro-Jobs“, „Aufstehn gegen Kinderarmut...“, mit diesen Losungen verteilten Montagsdemonstranten am 24.11. wieder ein Faltblatt zur Unterstützung von Hartz-IV-Empfänger vor der GIAG/Arbeitsamt.



**Für Frieden und Sozialismus! DKP**

# Interview mit Alexander Richter

**Frage:** Alex, wir treffen uns nicht zum erstenmal vor dem Arbeitsamt/GIAG

**Antwort:** Zum Glück organisieren wir das regelmäßig. Wir wollen für mehr Öffentlichkeit sorgen, die von Arbeitslosigkeit Betroffenen informieren und auf ihre Rechte aufmerksam machen mit Material von der Montagsdemo gegen Hartz IV.

**Frage:** Worum geht es bei der Montagsdemo?

**Antwort:** Im Seltersweg bei den Schwätzern wird jeden Montag von 18 bis 19 Uhr gegen Hartz IV und 1-Euro-Jobs demonstriert. Dort werden die eigenen Interessen vertreten, es gibt Erfahrungsaustausch. Ich will Solidarität mit denen zeigen, die arm sind und denen es noch schlechter geht als mir.

**Frage:** Du bist demnach nicht für den

Sitzungssaal geboren:

**Antwort:** Das kann ich nicht sagen, denn ich saß noch nicht in sehr vielen, aber ich fürchte mich auch nicht davor. Auf der Straße kann ich jedoch versuchen anderen Mut zu machen, Argumente austauschen und Sachverhalte erklären. Gelegentlich geben wir uns gegenseitig Tipps an wen man sich wenden kann usw.

**Frage:** Was ist für Dich sonst noch wichtig?

**Antwort:** Ich trete konsequent gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein. Das mache ich bei den Montagsdemos, beim Arbeitskreis gegen Kinderarmut und auch als einer der Koordinatoren des Gießener Linksbünd-



**Michael Beltz (r) im Gespräch mit Alexander Richter, Kandidat der Partei Die Linke im Wahlkreis 18 zur Landtagswahl**

nisses. - Meine Familie hat natürlich Priorität. Gerade auch in Hinblick auf die Zukunft meiner zwei kleinen Töchter muss ich klarstellen, dass das bestehende System der natürlichen Lebensweise widerspricht. Es macht die Menschen krank - und zwar Reiche wie Arme.

Das Interview führte Michael Beltz

## Autos kaufen keine Autos - auch nicht nach Bürgschaften

Die DKP lehnt Staats-Bürgschaften wie die 500 Milliarden Euro der Bundesregierung als auch die geplanten 500 Millionen Euro des Landes Hessen für Opel ab. Keinesfalls, weil wir die Ängste der Kolleginnen und Kollegen um ihre Arbeitsplätze nicht ernst nähmen, im Gegenteil:

die DKP hat immer öffentliche Beschäftigungsprogramme zur Schaffung von Arbeitsplätzen gefordert. Ebenso treten wir für höhere Löhne und höhere Sozialleistungen ein, womit auch eine Stärkung der Kaufkraft und damit der Binnennachfrage verbunden ist.



Eine Bürgschaft für Opel läuft diesen Zielen zuwider; sie verschleudert bedingungslos öffentliche Gelder ohne Gewähr für Arbeitsplätze.

Die Absatzkrise der Auto-Industrie ist nicht Resultat der Finanzkrise, sie wird dadurch verstärkt. Sie hat sich

schon lange vorher abgezeichnet und ist normale Folge kapitalistischen Wirtschaftens, das in regelmäßigen Abständen zu Überproduktionskrisen führt. Autos kaufen keine Autos.

Nicht von ungefähr ist Marx jetzt wieder in. Nun wird nach „dem Staat“ gerufen und

die Forderung nach Vergesellschaftung erhoben, und dies auch von solchen, die früher das hohe Lied der Marktwirtschaft gesungen haben. Jetzt erweist es sich als vorteilhaft, daß unter anderem die Renten noch nicht gänzlich „privatisiert“ sind. In den USA umfaßt die Finanzkrise auch die privaten Pensionsfonds, während hier in der BRD die staatlichen Rentenkassen mit einer Anwartschaft von 7.000 Milliarden Euro noch – den Börsenzockern entzogen sind.

Es wird deutlich, daß es notwendig ist, die Produktion zu planen, um eine Überproduktion zu vermeiden, die wiederum zu einem Heer von „Überflüssigen“ führt. Es zeigt, wie



notwendig es ist, daß die Planung von den arbeitenden Menschen selbst bestimmt und demokratisch kontrolliert wird. Notwendig ist eine sozialistische Gesellschaftsordnung.

So „bescheiden“ Kochs Bürgschaft gegenüber denen des Bundes klingen mag, es sind Gelder, die dann in Hessen für Bildung, für Soziales oder für Investitionen fehlen werden.

Für Koch ist das eine exzellente Wahlkampfinszenierung, die den Opelanern mit ihrem vor dem Bankrott stehenden Mutterkonzern GM letztlich nichts nützen wird. Daran wird auch eine eventuelles Arbeitsplatzzusage nichts ändern. Es ist bedauerlich, daß die Partei Die Linke sich vor diesen Karren hat spannen lassen.

Michael Beltz,

Vorsitzender der DKP Hessen



(Fortsetzung v. Seite 1)

## Stadtwerke

war ein Betrug an Gießens Bürger, auch wenn die Stadt alleiniger Eigentümer blieb. Die gewählten Stadtverordneten haben keine Möglichkeiten mehr, das Geschäftsgebaren dieser für alle lebenswichtigen Einrichtung zu kontrollieren. Selbst die letzte schwache Möglichkeit, mit Entschließungen der Stadtverordnetenversammlung an die Geschäftsleitung und den Aufsichtsrat zu appellieren, das Wohl der Bürger nicht aus den Augen zu verlieren, wird von der CU/Grüne/FDP-Mehrheit regelmäßig verhindert. Profit geht eben über alles – auf Kosten der Einwohner Gießens.

Gernot Linhart



## Nordstadtzentrum zu - wie weiter?

Das Nordstadtzentrum in der Reichenberger Str. 9 wird zum Jahresende geschlossen. Die bisherige Finanzierung läuft aus. Die Beschäftigten werden entlassen oder haben gekündigt. Wie soll es weitergehen? Über längere Zeit schon gab es Diskussionen und Veranstaltungen, auf denen überlegt wurde, wie z.B. die Arbeit der Sozialarbeiter, aber auch die vielfältigen Initiativen, fortgeführt werden sollen. Nun kurz vor Ende des Förderzeitraumes scheint völlig unklar, was aus dem Nordstadtzentrum wird, ob und wann es weitergeht. Klar ist im Moment wohl nur, daß ab 1.1.09 die Lichter ausbleiben werden. - Wie kann es sein, daß nun so eine unbefriedigende Situation entsteht, obwohl doch seit langem klar war, daß das Förderprogramm zum Ende dieses Jahres auslaufen wird? Die DKP fordert hierzu: Fortführung der wichtigen Gemeinwesenarbeit, Weiterführung der sozialen Arbeit, Aufrechterhaltung der vielfältigen Angebote des Nordstadtzentrums. K.S.

## Ein Stolperstein für Hans Rosenbaum

Am 12. Februar nächsten Jahres werden in Gießen weitere Stolpersteine verlegt. Dieses Mal auch für Hans Rosenbaum, der aktiv im Widerstand gegen die Nazi-Barbarei war.

Mit der Gießener Antifaschistin Ria Deeg, die dafür 1987 mit der Goldenen Ehrennadel der Stadt Gießen ausgezeichnet worden war, hat er unter Lebensgefahr Flugblätter hergestellt und verteilt und für die Rote Hilfe gesammelt, um über die Nazi-Verbrechen aufzuklären und um Angehörige von Verhafteten zu unterstützen.

1937 wurde er mit weiteren Gießener Antifaschisten – darunter auch Walter Deeg - verhaftet und zu fünf

Jahren Zuchthaus verurteilt. 1942 wurde er ins KZ Buchenwald gebracht, wo er am 25. Februar 1945 im Nebenlager Nordhausen ermordet wurde. Hans Rosenbaum wurde am 16. Januar in Gießen geboren und wohnte bis zu seiner Verhaftung im Teufelslustgärtchen 18.



Diese Straße führte von der Kaplansgasse bis zur Löwengasse – mit einem Abstecher zum Seltersweg; sie existiert heute nicht mehr. So war es nicht ganz einfach, einen geeigneten Ort für den Stolperstein zu finden, als am 23.9. die Begehung für die nächsten Stolpersteine stattfand.

Mit einer detaillierten alten Skizze konnte aber die Stelle, an der das Haus von Hans Rosenbaum gestanden hat, bestimmt werden. Gemeinsam einigte man sich schließlich auf eine Stelle vor dem Haus Löwengasse 6, die der alten Adresse am nächsten lag.

Sie war von den Mitarbeitern des Tiefbauamtes vorgeschlagen und auch von der Patin für Stein, Erika Beltz, sowie den beiden Mitgliedern der Initiativgruppe Stolperstein als die geeignetste angesehen worden.

Die Stelle wurde mit Leuchtfarbe gekennzeichnet.

## Stadtparlament:

### Schluß mit der Geheimniskrämerei

Fast ist es schon ein Ritual, daß zu Beginn jeder Versammlung ein Stadtverordneter der Linksfraktion beantragt, Tagesordnungspunkte aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung in den öffentlichen zu übernehmen. Ebenso routinemäßig erfolgt daraufhin die generelle Ablehnung der anderen. Damit dürfte bald Schluß sein. Nach einem langen Verfahren, von Michael Janitzki mit Nachdruck betrieben, hat der Verwaltungsgerichtshof Kassel jetzt der Klage der Linksfraktion zugestimmt und diese in Gießen geübte Praxis als rechtswidrig verurteilt. Man darf also auf die nächste Stadtverordnetenversammlung und deren öffentlichen und nicht-öffentlichen Teilen gespannt sein. Sie findet am 18. Dezember ab 18 Uhr im kleinen Saal der Kongreßhalle statt. Von der Linksfraktion liegt dazu ein Antrag vor, außerdem Anträge zur Ausgabe eines Kulturpasses (für Menschen mit wenig Geld), weitere Stellen für das Jugendamt sowie Berichtsansätze zu Baukosten, zur Video-Überwachung am Rathaus und zum Treffpunkt Rechtsextremer in Gießen. E.B.

# Kein Ende der Perversion:

## Sollen Hartz-IV-Empfänger Organe verkaufen?

Hartz IV, die verordnete Armut, ist nicht skandalös genug, daß nicht noch mit der Not der Menschen Zynismus betrieben wird.

Ein besonders perfiden Vorschlag machte der Bayreuther Prof. P. Oberender. Er will, daß Menschen, die „existentiell bedroht sind, weil sie nicht genug Geld haben“, erlaubt wird, ihre Organe zu verkaufen bzw. zu versteigern. Natürlich streng reglementiert – ähnlich dem Börsenhandel (2500 bis 3000 Euro gäbe es z.B. in Osteuropa für eine Niere); und streng fürsorglich – jeder soll eine Versicherung erhalten, die in Anspruch genommen werden kann, wenn z.B. die zweite Niere nicht mehr will.

Nun könnte man über einen solchen Organhandel (mit dem selbstverständlich auch vielen Kranken geholfen wäre) noch diskutieren. Gäbe es nicht Hartz IV. Im Merkblatt des SBG II steht: „Wenn Sie Leistungen erhalten wollen, gehört es zu ihren Pflichten, daß Sie... alle Möglichkeiten nutzen, Ihre Hilfebedürftigkeit zu verringern bzw. zu beenden...“ Daraus ergibt sich logisch, daß Sozialhilfe- und Hartz-IV-Empfänger gezwungen wären, auch die „Möglichkeit“ zu nutzen, im Namen der „Freiheit“ versteht sich. Denn das Verbot mit Organen zu handeln schränkt die Freiheit des potentiellen Verkäufers ein, so Prof. Oberender.



Gut gefüllt war die Veranstaltung von DKP und Café Amelie im Gewerkschaftshaus, als am 25.11. der Finanzjournalist Lucas Zeise zum Thema „Ende der Party – Die Explosion im Finanzsektor und die Krise der Weltwirtschaft“ referierte. An die Ausführungen des Autors schloß sich eine lange und interessante Diskussion an, in der Fragen und Ansichten zu Ursachen und Folgen der Krise behandelt wurden. Die meisten Zuhörer und der Autor waren sich einig: Notwendig wäre es, das irrationale kapitalistische Wirtschaftssystem durch ein rationales, also sozialistisches, zu ersetzen. Da aber die Linke und die Arbeiterklasse in den Industrieländer dazu zur Zeit leider nicht in der Lage sind, bleibt es erst mal bei reformistischen Forderungen: Deutliche Verbesserung der Binnenkaufkraft und wirksame Kontrolle aller Zweige des Finanzsektors. Unser Bild zeigt (von links) den Co-Referenten Henning Mächerle (DKP), den Moderator Alexander Patrick Vasil vom Café Amelie und den Referenten Lucas Zeise.

# Gießen senkt Gaspreis

## Stadt will Konjunkturkrise entgegenwirken

Leider ist diese Meldung falsch. Der Gaspreis ist unsinnigerweise an den Ölpreis gekoppelt. Man könnte ihn auch an den Schnapspreis binden, denn Hochprozentiges heizt bekanntlich auch ein. In der Vergangenheit stieg und stieg der Ölpreis, auf 150 US-Dollar pro Barrel (159 Liter). Die Stadt erhöhte den Gaspreis mehrmals, zuletzt pünktlich zum Beginn der Heizperiode zum 1. Oktober um 25 Prozent. Nun ist der Ölpreis auf unter 50 US-Dollar pro Barrel gesunken. Wie reagieren die Stadtwerke? Zunächst ein wortreiches Nein zu einer Senkung des Gaspreises, „aus Betriebsführungs-Gründen“, dann mit einer saftigen Strompreiserhöhung und mit einer Gebühr für bereits die erste Mahnung an säumige Zahler, damit man sieht, dass die Stadt es ernst meint. Die Stadtregierung lässt die Verbraucher im kalten Winterregen stehen. Dabei kann die Politik auch anders. Zur Rettung aus der Krise drängt der Staat den Banken nur so die Milliarden auf. Beim Konjunkturprogramm zugunsten des kleinen Mannes und natürlich auch der kleinen Frau verlässt die herrschenden Politiker die Phantasie. Unsere Kaufkraft leidet darunter, dass die monatlichen fixen Kosten für Gas, Strom usw. nichts zum Verjubeln übrig lassen. Hier der Ausgabenfreude Luft zu verschaffen, wäre ein beispielhafter Beitrag der Stadt zur Belebung der Konjunktur. An das bevorstehende Fest der Liebe wollen wir unsere christlichen Politiker nur am Rande erinnern. Eher schon an die Landtagswahlen. K.M.

# Rhön-Watch?

Unter der Bezeichnung Rhön-Watch bot die Gewerkschaft ver.di die Möglichkeit, sich im Internet über die Zustände in der privatisierten Uniklinik Gießen-Marburg auch und gerade anonym zu beschweren. Die Internetseite war sowohl für Beschäftigte als auch für Patienten und deren Angehörige eingerichtet. Warum ist sie geschlossen? Es entsteht der Verdacht, daß hier der Konzern Rhön-Kliniken, der für einen Dumpingpreis die beiden Uni-Kliniken von der Koch-Regierung ausgehändigt bekam, seine Hände und seinen Einfluß im Spiel hat. Die DKP ist für die erneute Öffnung der Internetseite Rhön-Watch.

K.S.



# Weltwirtschaftskrise - und weiter so

Es wird immer deutlicher: Wir stehen am Anfang einer Weltwirtschaftskrise. Allenthalben wird an das Jahr 1929 erinnert. Erst Inflation, dann Rezession oder gar Stagflation, jetzt Deflation - der Kapitalismus krankt auf seine alten Tage an allen Gebrechen zusammen. Das Wachstum der Ökonomie kommt zum Erliegen, die Wirtschaft gerät in Schockstarre. Schlägt man im zehnbändigen Wirtschaftslexikon Gablers von 1997 unter dem Stichwort „Deflation“ nach, findet man gerade mal zwölf Zeilen. Er-

staunt liest man: „Der Deflation kommt insbesondere in den Industriestaaten nur noch historische Bedeutung zu.“ Und zehn Jahre später gehen nun der Industrie die Aufträge aus und das Wirtschaftswachstum bricht weltweit ein. Da die Krise global ist, kann niemand hoffen, dass ihn Ausfuhren in dritte Länder retten werden. Unternehmen treten bei Investitionen auf die Bremse. Projekte werden verschoben, gekürzt oder ganz gestrichen, in Detroit, München, Sindelfingen und Tokio. Und nicht nur in der Autoindustrie, auch der Chemie und den Stahlproduzenten fehlen die Aufträge. Das reißt Dienstleister, Werbefachleute, Designer und Ingenieure mit in den Ab-

grund. Auch die bürgerlichen Kommentatoren wissen es endlich: Die Arbeitslosigkeit wird steigen. Viele Beschäftigte arbeiten kurz. Jetzt rächt sich, dass heute so viele Arbeitsverträge nur auf Zeit geschlossen sind. Diese Arbeiter werden



nun als erste den Verleihern zurückgeschickt. Wachsende Arbeitslosigkeit bedeutet natürlich sinkende Kaufkraft, die Nachfrage im seit Jahren vor sich hindümpelnden Einzelhandel geht weiter zurück, Pleiten treffen den Mittelstand. Ein Teufelskreis. Ob in dieser Deflation die Preise lehrbuchmäßig zurückgehen, ist fraglich. Natürlich wird der Spielraum für Preiserhöhungen enger, aber die großen Monopole können die Preise zunächst halten, wenn sie die Kapazitäten zurückfahren. Bisher greifen die Milliarden-Finanz-Programme der kapitalistischen Staaten und das popelige Konjunkturprogramm der Bundesregierung nicht.

Die offiziellen Heilmittel gegen die Überschuldungs- und Spekulationskrise sind: weitere Steigerung der Verschuldung in phantastische Höhen, Auslagerung der Staatsschulden in Nebenhaushalte, Buchungstricks, Zweckgesellschaften, Anfeuerung der Risikobereitschaft der Banken - also bedenkenlose Steigerung der Mittel, welche die Krise verursacht haben. Es ist, als wenn man einem Alkoholiker, der ans Ende seiner Trinkerkarriere gekommen ist, raten würde, nun unbedingt verstärkt weiterzutrinken. Aber der Fähigkeit des Süchtigen zum Drogenkonsum sind Grenzen gesetzt.

Klaus Mewes

## Pressemitteilung der SDAJ Gießen

Am Samstag, den 15.11. fand die Gruppenvollversammlung der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) Gießen statt. Unter Mitgliedern, Gästen und Sympathisanten wurde unter anderem kontrovers über die Situation an den Gießener Schulen diskutiert. Das Thema Bildung und Ausbildung wurde auch als Schwerpunkt für die künftige Gruppenarbeit beschlossen. Abschließend erfolgte die Wahl des Gruppenvorstandes.

(Über die Echo-Redaktion kann Kontakt zur SDAJ aufgenommen werden.)

## In ganz Deutschland: Zig-Tausende fordern Bildungsgleichheit



100.000 Schülerinnen und Schüler beteiligten sich bundesweit am 12. November am Schulstreik, offiziell an der "öffentlichen Sitzung der Schülervertretung" - allein in Gießen waren es etwa 3000. Ihre Forderungen sind: kleine Klassen, keine Turbo-Abi nach 12 Schuljahren, Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems, keine Studiengebühren und mehr Geld für Bildung (Foto: Die Schüler-Demo am E-Klo).



# Wer Antisemit ist, bestimmt die CDU?

Zunehmend maßt sich die CDU an, darüber zu befinden, was antisemitisch ist und was nicht. Jüngstes Beispiel: der von ihr sabotierte gemeinsame Antrag aller Bundestags-Fraktionen anlässlich des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht. Hier sollte Die Linke ausgeschlossen werden, weil es - laut CDU - in dieser Partei „nachweisbar erhebliche antisemitische Kräfte“ gebe.

Da muß daran erinnert werden, daß es die CDU war, die nach dem Krieg Nazis in ihren Reihen nicht nur duldete, sondern ihnen zu höchsten Würden verhalf. Erinnert sei an CDU-Kanzleramtsminister Globke (Kommentator der Nürnberger Rassegesetze), an CDU-Bundespräsident Lübke (KZ-Baumeister) und CDU-Kanzler Kiesinger (Goebbels-Mitarbeiter), an den CDU-Ministerpräsidenten Filbinger (Nazi-Blutrichter). Im ersten Kabinett Adenauers befanden sich mehr Mitglieder der NSDAP als im ersten Kabinett Hitlers. Und ausgerechnet diese Partei verleumdet die Linkspartei. Die verabschiedete Resolution ist nun weniger eine konsequente Verurteilung des Antisemitismus und der rechtsextremen Organisationen, die die Nazi-Verbrechen leugnen und antisemitische Hetze betreiben (und die daher nach dem Grundgesetz längst hätten verboten werden müssen). In ihr wird die Solidarität mit Israel zu Staatsraison erklärt und die Lüge wiederholt, der iranische Präsident habe „die Tilgung Israels von der Landkarte“ gefordert (s. Kasten).

Trotzdem hat die Fraktion Die Linke diese Resolution selbst wortwörtlich als eigenen Antrag eingebracht, um doch noch einen Konsens herzustellen. Sie sah das wohl als geschickten Schachzug an, was aber mehr ein Pyrrhus-Sieg war. Zehn ihrer Abgeordneten haben sich geweigert, an dieser Abstimmung teilzunehmen, darunter Dieter Dehm, Wolfgang Gerhcke und Ulla Jelpke. In ihrer Erklärung heißt es u.a.: „... *Der Antrag versucht, diejenigen als antisemitisch und antiamerikanisch zu diskreditieren, die Kritik an der Kriegspolitik von NATO, USA und Israel äußern... Die deklatorische Feststellung, die Solidarität mit Israel entspreche der deut-*

*schen Staatsraison, soll nicht nur das Existenzrecht Israels bestätigen, sondern sie dient vielmehr dazu, jegliche Kritik an der israelischen Politik für illegitim zu erklären...“*

Dem kann nur zugestimmt werden. Es ist sehr bedauerlich, daß Prof. Brumlik während seiner Ansprache nach dem Mahngang am 10. November in Gießen, der mit 300 Teilnehmern und bewegenden Redebeiträgen der Nazi-Greuel in einem würdigen Rahmen gedachte, abschließend diese zehn Abgeordneten kritisierte, vor iranischen Atomwaffen warnte, das falsche Israel-Zitat wiederholte und den Mahngang damit instrumentalisierte. Erika Beltz

## Kriegsziel Iran

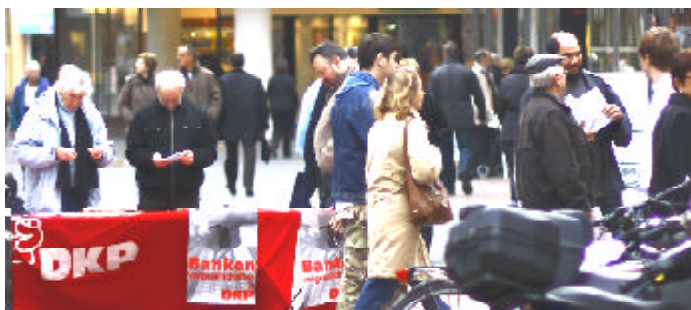
Ahmadinedschad hat NICHT „die Tilgung Israels von der Landkarte“ gefordert. Das wurde inzwischen auch von den Medien zugegeben:

U. a. am 26.5.08 von Tagesschau online: In eigener Sache „*Der iranische Präsident Ahmadinedschad hat nicht wörtlich die ‚Tilgung Israels von der Landkarte‘ gefordert. Nach Übersetzung des Sprachdienstes des Deutschen Bundestages sagte er: ‚Das Regime, das Jerusalem besetzt hält, muß aus den Annalen der Geschichte getilgt werden.‘*“

Die Wiederholung dieser Lüge – auch im Bundestag – dient der Vorbereitung des Angriffskrieges gegen den Iran. Gleiches gilt für die permante Behauptung, der Iran werde bald über Atomwaffen verfügen, obwohl auch die internationale Atomenergiekommission dafür nicht den geringsten Anhaltspunkt gefunden hat. Es ist das gleiche Szenario mit Lügen und Verleumdungen wie vor dem Irak-Krieg, wobei jetzt noch die angebliche Bedrohung Israels hinzukommt.

„*Die Bush-Regierung ist bereit, außer Irak auch Iran, Syrien und Libanon militärisch anzugreifen,*“ sagte Richard Perle, Bushs Vertrauter und Vordenker, bereits im Sommer 2002.

Vorangetrieben wird die Kriegshetze auch mit der Kampagne „Stop the Bomb“, die volle deutsche Beteiligung an der US-amerikanischen Strategie, „Iran politisch und diplomatisch zu isolieren“ fordert.



15. November '08: Info-Stand der DKP auf dem Seltersweg - mit interessanten Diskussionen zur Finanzkrise

## Liebe Leserinnen und Leser!

Diese Zeitung zu machen kostet Geld. Wir bitten daher um **Spenden**, auch damit wir das Echo weiterhin in hoher Auflage verteilen können. Wir bitten auch um baldmögliche **Überweisung der Abo-Gebühren** für das nächste Jahr

## Gießener Echo

Konto Nr. 193070,  
BLZ 51350025  
Sparkasse Gießen

Es dankt sehr herzlich:

die Echo-Redaktion

**UZ** unsere zeit  
Sozialistische Wochenzeitung  
**Woche für Woche**  
**Antikriegszeitung**

Probeexemplare bzw.  
10 Wochen gratis-Abo  
(endet automatisch):  
UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,  
45127 Essen, tel 0201-2486482,  
E-mail: UZAbo@t-online.de  
www.unsere-zeit.de



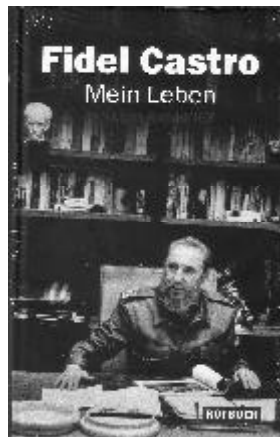
## Fast die ganze Welt solidarisch mit Kuba

Seit 16 Jahren stellt Kuba auf der UNO-Vollversammlung den Antrag, die USA wegen ihrer Blockade zu verurteilen.

Seither wird dieser Antrag mit wachsender Mehrheit angenommen, ohne daß sich die in dieser Hinsicht inzwischen vollkommen isolierte USA davon beeindrucken ließen.

Bereits 2007 hatten 184 Staaten die Blockade verurteilt; im Oktober 2008 waren es 185. Dagegen stimmten lediglich die USA selbst, Israel und der Inselstaat Palau; Mikronesien und die Marshall-Inseln enthielten sich. Alle anderen verurteilten die Blockade, mit der die USA Kuba einen wirtschaftlichen Schaden von zig Milliarden Dollar zugefügt haben.

Anzeichen, daß der neue US-Präsident Obama daran etwas ändern wollte, gibt es bisher nicht.



### Neu

Fidel Castro mit Ignacio Ramonet  
**Castros politisches Vermächtnis**  
784 Seiten, mehreren umfgr. z.T. farbigen Bildteile  
29.90 Euro

Mehrere Tropenstürme haben in diesem Herbst – trotz vorbildlicher Vorkehrungen – schwere Schäden auf Kuba angerichtet. **Die DKP ruft daher weiter zu Spenden auf: Konto-Nummer 253525-502 bei der Postbank Köln, BLZ 370 100 50.**

## Der Bischof und die kapitale Sünde

Der Erzbischof von München und Freising, Reinhard Marx, hat die gescheiterten Banker zur Buße aufgerufen. Er fordert alle zur „Umkehr auf“, sagte Marx im SPIEGEL, „die meinten, ohne Arbeit schnell reich werden zu können, indem man sein Geld irgendwo hochspekulativ einsetzt – ohne Rücksicht auf die Folgen“. Wilde Spekulation sei „Sünde“, so Marx.

Der Erzbischof unterstrich die Bedeutung von Karl Marx bei der Analyse der Verhältnisse. „Die Globalisierung hat Marx schon im Kern als Globalisierung des Kapitals erkannt.“ Die Katholische Soziallehre habe diese Erkenntnisse aufgenommen. Erzbischof Marx über den Theoretiker Marx: „Wir stehen alle auf seinen Schultern, weil wir uns in der Geschichte und Geistesgeschichte an ihm abarbeiten – positiv oder negativ.“

Der Titel des neuesten Buches von Bischof Marx trägt den Titel „Das Kapital“.

## Leserbriefe

### Ökonomische Irrtümer

Wenn es nach bürgerlichen Nationalökonomien gegangen wäre, dann hätte die wirtschaftliche Entwicklung relativ harmonisch verlaufen müssen. Angebot, Nachfrage und Finanzierung sollten sich ihrer Theorie nach, von gewissen Störungen, im Großen und Ganzen die Waage halten.

Dies liegt nicht nur an den Waren sondern ebenso an den Finanz- und Arbeitsmärkten.

Doch die ökonomische Wirklichkeit widerlegt diese idealistische Vorstellung von einer gleichsam naturwüchsigen, unplanmäßigen Harmonie des Wirtschaftslebens! Sie gab denen recht, die den Kapitalismus ein ständiges Ungleichgewicht z.B. zwischen Produktion, Konsumtion und Finanzierung nachsagten. Im Übrigen auch eine Ursache für Kriege, um diese Ungleichzeitigkeiten national und international zu kompensieren! Falk Moldenhauer

### Erlaubte und unerlaubte Kritik

Folgendes Zitat sandte uns ein Leser:

„Bis '89 durfte ich alles über meinen Chef sagen, aber nichts über Honecker, nach '89 darf ich alles über den Kanzler sagen, aber nichts mehr über meinen Chef.“

Ingo Schulze, mehrfach ausgezeichnete Schriftsteller, geb. 1962 in der DDR.

### „Goldener Oktober“

Ach, Frau Merkel, hätten Sie diese 480 Milliarden den Haushalts-Vorständen, sprich dem Volk, gegeben, so hätten Sie damit für ein halbes Jahr die Konjunktur angekurbelt! - So haben Sie es den Spekulanten gegeben, die im kommenden Jahr dieses wieder verzockt haben werden.

K. D. Bergener

### Warnung!

Hiermit warne ich alle BürgerInnen in Gießen mit Nachdruck vor einer E-Mail von einem gewissen Iven Holiday. Dieser oder seine Gauner arbeiten mit großer krimineller Energie. Sie schicken fingierte Abrechnungen eines Inkassobüros zu, in denen mitgeteilt wird, dass von Konten von Bürgern 435.000 Euro abgebucht werden. Auf diese Art und Weise soll Angst und Verunsicherung erzeugt werden. So übrigens auch in meinem Falle. Öffnet man dann voller Schrecken den Anhang mit einer scheinbaren „Kostenaufstellung“ so hat man einen so g. Trojaner im Computer, der diesen ausspioniert und erhebliche materielle bzw. persönlichkeits- bzw. datenschutzrechtliche Schäden zufügt. Nach Ermittlungen mit dem Wetzlarer Rechtsanwalt Volker Blum, Geiersberg 21, 06441/43287, stellte sich heraus, dass diese Inkasso-Firma gar nicht existiert, die angeblich in Bielefeld firmiert, Regionalinkasso GmbH & Co. KG, Fredeburger Str. 121, 33699 Bielefeld, Tel. 0521/92112-0. Mein Tipp: Sollte diese Mail erscheinen: Sofort löschen!

Uwe Moldenhauer

## Gen-Gerste: Gießener Uni macht weiter

Die Professoren der Landwirtschaftlichen Fakultät in Gießen können es nicht lassen.

Nachdem zweimal ihre Aussaat genmanipulierter Gerste an der hiesigen Uni gestört wurde, wollen sie die nächste Aussaat in der Nähe von Rostock ausbringen.

Die Reisekosten werden wohl die hessischen Steuerzahler aufbringen.

Genveränderte Gerste braucht kein Mensch. Für Hühnerfutter gibt es genug anderes Getreide, Bier aus Gen-Malz wäre unverkäuflich.

Die Gefahren, die unkontrollierte Verbreitung der manipulierten Samen birgt, scheinen den Wissenschaftlern egal zu sein.

Auf Vorhaltungen, bei den letzten Versuchen seien die Maschen in den Schutzzäunen gegen Mäuse zu groß gewesen, antworteten sie dreist, das sei egal – Mäuse könnten eh über jeden Zaun klettern.

Wildwachsende Gerste aus von Mäusen verschlepptem, genverändertem Samen kann in der Umwelt aber Schäden anrichten, die niemand voraussagen kann.

G.L.

# Banken: Staatsknete nehmen - Steuern vermeiden

Manche meinen, die Finanz- und Bankenkrise würde schon das Ende des Kapitalismus einläuten. Ohne mächtige Aktionen, zu denen die Linke zur Zeit aber weltweit leider zu schwach ist, bleibt alles wie bisher. Es wird für eine Weile etwas mehr Regulierungen geben, danach wird einiges anders, aber nichts besser sein. Das merkt man ja schon jetzt. Internationale Banker mit Deutsche-Bank-Chef Ackermann an der Spitze haben sich erdreistet, noch während der Fast-Insolvenz vieler Großbanken dem US-Präsidenten und den 20 Regierungschefs der mächtigsten Staaten einen Mahnbrief zu schreiben. Sie fordern, die Banken sollten vom Staat in Ruhe gelassen werden sobald sie mit Steuergeldern wieder zahlungsfähig gemacht wurden. Ein Teil der staatlichen Hilfgelder in Milliardenhöhe wird frecherweise dazu verwendet, die ausstehenden Bonuszahlungen an Investmentbanker zu tätigen. Für zurückliegende Verkäufe der „Wertpapiere“, die jetzt nicht mal ihr Druckpapier wert sind, erhalten die Banker jetzt noch hohe Provisionen anstatt vor Gericht zu landen.

Zum „Dank“ für die Milliardenzuschüsse vom Staat arbeiten deutsche Banken fleißig daran, die Steuereinnahmen des Staates aus Kapitaleinkünften so gering

wie möglich zu halten. Bekanntlich kommt 2009 die Abgeltungssteuer. Für steuererhrliche Kapitalbesitzer (soll es auch geben) ist das eine gute Nachricht. Bisher mußten Kapitaleinkünfte mit dem individuellen Steuersatz (bis 42%) versteuert werden, ab 2009 werden es einheitlich 25% (jeweils plus Soli-Zuschlag und Kirchensteuer). Die Steuerausfälle sollten ausgeglichen werden durch das Stopfen von Schlupflöchern, durch die sich Wohlhabende bisher vor Besteuerung drücken konnten. Im neuen Gesetz gibt es aber neue Schlupflöcher. Kein Wunder, bei der Formulierung von Gesetzen sind bekanntlich Bankleute beteiligt, die in den Ministerien als Berater und sogar als leitenden Mitarbeiter sitzen. In jeder Zeitung findet man Anzeigen von Banken, in denen Wege zur Vermeidung der Abgeltungssteuer angeboten werden. Jeder, der ein paar Euro auf der Bank hat, bekommt Einladungen zu Beratungsgesprächen. Lohnsteuerzahlern wird ihre Steuer rigoros abgezogen, bei Kapitaleinkünften ist es weiterhin möglich, sich zu drücken. Die Banken, die gerne bereit sind, Milliarden Euros aus Steuermitteln in Anspruch zu nehmen, helfen ihren reichen Kunden, deren Steuerzahlungen möglichst gering zu halten.

Gernot Linhart

## Wieder ein Bus nach Berlin zur Luxemburg-Liebknecht-Demo

Auch im Jahr 2009 wird die DKP Hessen zusammen mit der SDAJ Hessen eine Busfahrt zur Liebknecht-Luxemburg-Demonstration am 11.1.09 nach Berlin organisieren. Es wird wieder eine günstige Unterkunftsmöglichkeit im Berliner Hotel Kolumbus angeboten. Dort findet am 10.1., dem Vortag der Demo, die Bundesdelegiertenkonferenz der DKP zu den EU-Wahlen statt. Am Samstag ist außerdem die XIV. internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz der Tageszeitung „junge Welt“ in der Urania.

**Abfahrzeit in Gießen** ist: am 10. 1., ca 1 Uhr nachts ab Bahnhof. Die Rückfahrt ist am Sonntag, dem 11.01.2008 nach der Demo, gegen 15 Uhr. Weiteres wird im Bus durchgegeben. Der Preis wird etwa dem des Vorjahres entsprechen: 45 Euro, erm. 30 Euro. Weitere Informationen finden sich im Internet unter [www.ll-demo.de](http://www.ll-demo.de), [www.dkp.de](http://www.dkp.de) und unter [www.rosa-luxemburg-konferenz.de](http://www.rosa-luxemburg-konferenz.de)



**Jeden Montag, 18 bis 19 h  
bei den 3 Schwätzern:  
Protest gegen Hartz IV  
Gießener Montags-Demo:  
[www.gimode.wordpress.com](http://www.gimode.wordpress.com)**

## Prozeß gegen Totalverweigerer in Gießen

Am 18. 12. 2008, um 9 Uhr wird der Totalverweigerer Jonas A. wegen „eigenmächtigem Fernbleiben vom Dienst“ in Gießen vor dem Amtsgericht (Gutfleischstraße) angeklagt.

Bereits am 17. 12. findet dazu um 17 Uhr vor dem Uni-Hauptgebäude (Ludwigstr.) eine Solidaritätskundgebung statt. Solidarität ist unsere Waffe!

Zwangsdienst und Militär abschaffen!  
**Solidarität mit Jonas!**

## Arbeitskreis gegen Kinderarmut in Gießen

Vortrag und Diskussion mit

**Prof. Rainer Roth**, FH Ffm

„Warum wurden mit Hartz IV die Leistungen für 1,5 Mio. Schulkinder gekürzt? Fördern durch kürzen?“

am Freitag, dem 12.12., um 19 Uhr im Café Amelie, DGB-Haus, Gießen

Vortrag und Diskussion mit

**Martin Bongards** (ver.di) und  
**Gudrun Siebke-Richter**

(Beraterin b. Kinderschutzbund Marburg)

„Reiches Land – arme Kinder“

am Montag, dem 15.12., um 19 Uhr im Café Amelie, DGB-Haus, Gießen

## Zum neuen deutschen Opferdiskurs

Referent: **Dr. Samuel Salzborn**

am Mittwoch, dem 17.12., um 20 Uhr im Margarete-Bieber-Saal, Ludwigstr. 34, Gießen

Veranstalter: antifaR4 und ASTA Gießen

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantwort.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 €. Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Eigendruck.

Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: [dkp@dkp-giessen.de](mailto:dkp@dkp-giessen.de). Im Internet: <http://www.dkp-giessen.de> <http://www.dkp-hessen.de>

**Redaktionsschluß für das  
Januar-Echo: 07.01.09**